

NEWSLETTER  
**FRANK JAHNKE**  
FÜR KULTUR. WIRTSCHAFT. STADTPOLITIK.



Aktuelle Informationen von Frank Jahnke  
1. Quartal 2026



| Inhalt                                                                            | Seite |
|-----------------------------------------------------------------------------------|-------|
| EDITORIAL                                                                         | 1     |
| KULTUR<br>20 Jahre Kulturprojekte Berlin                                          | 2     |
| PERSÖNLICHKEITEN<br>Rainer E. Klemke mit dem Obermayer Award geehrt               | 3     |
| WIRTSCHAFT UND ARBEIT<br>Reform des Berliner Vergaberechts                        | 4     |
| ERINNERUNGSKULTUR<br>Wechsel in der Leitung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand | 5     |
| VERTEIDIGUNG<br>Ein Leserbrief                                                    | 7     |
| MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP<br>Der Berliner Skulpturenfund                    | 7     |



*Winter in Berlin: Oftmals ist es sicherer, auf der Fahrbahn zu laufen, wie hier in Kreuzberg, als auf den vereisten Gehwegen.  
Foto: Frank Jahnke*

#### EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2026 ist frostig gestartet – in Bezug auf die internationalen Beziehungen ohnehin, aber auch bei uns in Berlin im ganz wörtlichen Sinne. Der Stromausfall aufgrund eines Anschlags Anfang Januar bei klirrender Kälte ließ zehntausende Berlinerinnen und Berlin in ihren Wohnungen frieren, wobei der tennisspielende Regierende Bürgermeister Kai WEGNER keine gute Figur machte. Wenigstens war Wirtschaftssenatorin FRANZISKA GIFFEY beherzt zur Stelle. Die Debatten um den Streusalzeinsatz auf Gehwegen, als die Notfallstationen der Krankenhäuser bereits mit Knochenbrüchen überfüllt waren, ließen den Senat zunächst ebenfalls nicht gut aussehen. Als er sich dann allerdings zum Handeln entschloss, zeigte die erfolgreiche Klage eines Naturschutzverbandes gegen den Streusalzeinsatz, wie eng der rechtliche Spielraum tatsächlich war – und natürlich auch, wie engstirnig so mancher Verband selbst bei Gefahren für Leib und Leben agieren kann!

Es gibt aber auch Positives aus Berlin zu berichten. Die Kulturprojekte Berlin GmbH, die bereits zahlreiche spektakuläre Großereignisse organisiert hat, aber auch alltäglich erfolgreiches Kulturmanagement betreibt, feiert ihr zwanzigjähriges Bestehen. Hierüber wird in diesem Newsletter ebenso berichtet wie über den Wechsel an der Spitze der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und über die Verleihung des renommierten »Obermayer Awards« an Rainer E. Klemke. Mit der geplanten Reform des Berliner Vergaberechts noch vor den Wahlen im September sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen künftig stärker zum Zuge kommen. Mein Ausstellungstipp führt diesmal zu bemerkenswerten Funden aus dem Berliner Untergrund.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht wie immer

Ihr/Euer

## 20 Jahre Kulturprojekte Berlin

**Es ging dem damaligen Regierenden Bürgermeister KLAUS WOWEREIT und Kultursenator THOMAS FLIERL um die Entwicklung neuer Formate der Kulturvermittlung und der kulturellen Bildung, vor allem aber auch um die Organisation von Großereignissen in schlankeren Strukturen als denen einer Verwaltung. So entstand im Jahr 2006 die Kulturprojekte Berlin GmbH durch Fusion der landeseigenen Berliner Kulturveranstaltungs-GmbH, die ihren Sitz bereits seit 1991 im historischen Palais Podewil, dem ehemaligen Sitz des »Hauses der jungen Talente der FDJ«, an der Klosterstraße hatte, mit dem im Westteil der Stadt gegründeten Museumspädagogischen Dienst Berlin.**

Im Januar 2026 lud die Kulturprojekte Berlin nun zum Neujahrsempfang und einer damit verbundenen Feier ihres 20-jährigen Bestehens ins »Podewil«. Die Berliner Kulturszene – von den großen Institutionen wie etwa dem Friedrichstadt-Palast oder Berlinischen Galerie, über die Zentral- und Landesbibliothek bis hin zu Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichsten Sparten der Freien Szene – folgte der Einladung zahlreich, und der Regierende Bürgermeister KAI WEGNER hielt ein Grußwort. MORITZ VAN DÜLMEN, Geschäftsführer der Kulturprojekte Berlin von Beginn an, rief schlaglichtartig einige besondere Ereignisse der vergangenen zwei Jahrzehnte in Erinnerung, die auch übersichtlich in der Jubiläumsbrochure »20 Jahre Kulturprojekte Berlin« zusammengefasst sind.

Unvergessen bleiben die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls 2009 mit großen Dominosteinen entlang der ehemaligen Grenze, die symbolisch der Reihe nach umstürzten, oder fünf Jahre später die weißen Ballons, die den Grenzverlauf in der Innenstadt nachbildeten, um schließlich, mit Botschaften versehen, in den Himmel aufzusteigen. Doch nicht nur die »runden« Jahrestage des Mauerfalls und der Wiederherstellung der Deutschen Einheit werden von der Kulturprojekte Berlin organisiert, sondern auch sportliche Großereignisse wie zuletzt das Begleitprogramm zur Fußball-EM 2024 oder die Silvesterparty am Brandenburger Tor vor einem Monat.

Bei der Erinnerung an historische Ereignisse wie dem 775. Stadtjubiläum Berlins, dem Gedenken an das Kriegsende und die Befreiung vom Nationalsozialismus 2015, 2020 und 2025, sowie dem 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 entwickelte die Kulturprojekte Berlin die Konzepte ebenso wie für besondere Formate, beispielsweise das Themenjahr »Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933-1938-1945«. Jährliche Ereignisse wie die »Lange Nacht der Museen« oder die »Berlin Art Week« zählen genauso zum Aufgabenspektrum der Kulturprojekte Berlin wie die vierteljährliche Veröffentlichung des schon vom Museumspädagogischen Dienst begründeten Museumsjournals, das einen soliden Überblick über das aktuelle Ausstellungsgeschehen in Berlin und Umgebung sowie Hintergrundinformationen bietet.

Die Kulturprojekte Berlin kooperiert regelmäßig mit den Einrichtungen des Standortmarketings wie »visit Berlin« oder »Berlin Partner« ebenso wie mit Wissenschaftseinrichtungen, Museen und anderen Partnerinstitutionen. Bei der Konzeption der Dauerausstellung »Berlin Global« im Humboldt-Forum beispielsweise arbeitete »Kulturprojekte« mit dem Stadtmuseum Berlin zusammen.



*Der Regierende Bürgermeister KAI WEGNER mit Kulturprojekte-Geschäftsführer MORITZ VAN DÜLMEN (links) bei seinem Grußwort auf der Jubiläumsfeier*

*Foto: Frank Jahnke*

Der Unternehmenssitz »Podewil« ist zugleich auch Veranstaltungsort für Programme der kulturellen Bildung, Workshops und Tagungen. Auch wenn es heute nicht mehr »Haus der jungen Talente« heißt, so sind im »Podewil« doch Projekte wie Theater und Schule (Tusch) sowie Theater und Kita (Tiki) zu Hause, und das GRIPS-Theater hat hier eine zweite Spielstätte.

Allerdings benennt MORITZ VAN DÜLMEN auch schmerzliche Verluste bei zuvor erfolgreichen Formaten. So fiel der freie Museumssonntag der Kürzungspolitik der beiden letzten Jahre ebenso zum Opfer wie das Kultursommerfestival oder das während der Corona-Pandemie entwickelte Format der »DRAUSSENSTADT«. Doch die Kulturprojekte Berlin GmbH hat in der Vergangenheit bereits bewiesen, dass sie auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen Projekte stemmen und eine breite kulturelle Teilhabe ermöglichen kann. Für die kommenden Jahre sind zahlreiche neue Projekte in Vorbereitung, die insbesondere Berlins Freiheitsgeschichte und seine internationale Rolle thematisieren – bei speziellen Events mit Partnerstädten wie Los Angeles, Windhoek oder Paris ebenso wie bei der Konzeption einer neuen Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum. Gerade in Zeiten, in denen die Freiheit vielerorts gefährdet ist – die individuelle Freiheit gleichermaßen wie die Freiheit der Künste – bedarf es eines internationalen Miteinanders mehr denn je.

#### PERSÖNLICHKEITEN

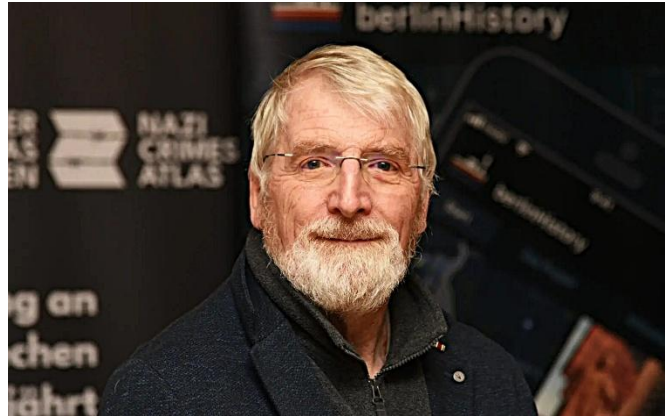
### Rainer E. Klemke mit dem »Obermayer Award« geehrt

**RAINER E. KLEMKE wurde 1948 während der Berliner Luftbrücke geboren. Er wuchs in einer Stadt auf, deren Teilung bereits begonnen hatte und die von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs gezeichnet war. Hieraus resultierte sein frühes Interesse für historische Zusammenhänge. KLEMKE setzte es sich zur Aufgabe, Geschichte zu verstehen, zu verorten und zu vermitteln, vor allem die nationalsozialistische Vergangenheit, deren Spuren seine Heimatstadt Berlin so nachhaltig prägten, und es ging ihm darum, den Opfern von Krieg, Gewaltherrschaft und Holocaust eine Stimme zu geben.**

Über Jahrzehnte war RAINER E. KLEMKE in der Senatskulturverwaltung für Archive, Museen, Gedenkstätten und Zeitgeschichte zuständig. Er begleitete den Bau des Dokumentationszentrums »Topographie des Terrors« und des Holocaust-Denkmal ebenso wie die Schaffung von Erinnerungsorten nach der Wiedervereinigung Berlins an die Zeit der Teilung – von der »East Side Gallery« bis zur Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße – sowie Orten des Erinnerns an das SED-Unrecht.

Mit dem Projekt »Zerstörte Vielfalt«, das sich den Geschehnissen vom Machtantritt des Nazis

1933 bis zur Pogromnacht 1938 aus den verschiedensten Perspektiven widmete, verabschiedete sich RAINER KLEMKE 2013 in den Ruhestand – doch Ruhe gab er nicht. Nach wie vor bestens vernetzt in der Erinnerungskultur, betätigte er sich weiter bei verschiedenen Projekten, beteiligte sich am erinnerungspolitischen Diskurs und gab sein Wissen bei Vorträgen und Führungen weiter.



Preisträger RAINER E. KLEMKE

Foto: Conny Kurz/BayernHistory.app

Sein Meisterstück wurde die »berlinHistory-App«, eine offene digitale Plattform, die über verschiedenste Themen der Geschichte Berlins nicht nur informiert, sondern sie vor Ort erfahrbar macht. Die App ging 2019 online und erfuhr seither ein gewaltiges Wachstum an Archivmaterial, Karten, Bild- und Tondokumenten sowie die ständige Erweiterung der »Points of Interest« (POI) und thematischer Rundgänge.

Für sein Engagement hatte RAINER E. KLEMKE bereits vor einigen Jahren das Bundesverdienstkreuz erhalten – nun wurde ihm eine weitere hohe Ehrung zuteil: Der Obermayer German Jewish History Award, kurz »Obermayer Award«. Mit diesem Preis ehrt die Stiftung »Widen the Circle, Obermayer Foundation« aus Massachusetts nichtjüdische Deutsche, die sich besonders mit dem jüdischen Leben in ihren Gemeinden beschäftigen, an den Holocaust erinnern und Antisemitismus bekämpfen. In der Preisbegründung der Verleihung an RAINER KLEMKE wurden sowohl sein Einsatz für das Holocaust-Denkmal, für das Jüdische Museum, wo die Preisverleihung auch stattfand, und andere Museen und Gedenkstätten als auch die »berlinHistoryApp« benannt, in der das jüdische Leben in Berlin ebenfalls ein wichtiger Bestandteil ist: <https://widenthecircle.org/de/profiles/rainer-klemke>.

Herzlichen Glückwunsch an RAINER KLEMKE für die Auszeichnung und weiterhin viel Erfolg bei seinem erinnerungspolitischen Engagement für Berlin!

## Reform des Berliner Vergaberechts

**Die öffentliche Hand in Berlin – also die Senatsverwaltungen, Bezirke und landeseigenen Unternehmen – vergibt pro Jahr insgesamt Aufträge in einer Größenordnung von geschätzt 5 Mrd. EUR. Hiermit tätigt sie Investitionen in Bauten, Straßen oder Brücken, beschafft Wirtschaftsgüter und beauftragt Dienstleistungen. Zugleich bedeutet diese beachtliche Summe aber auch eine wirtschaftlich relevante Nachfragemacht, mit der das Land Berlin Einfluss nehmen kann, wie die beauftragten Leistungen erbracht werden, unter welchen tariflichen, sozialen und ökologischen Standards.**

Während das Vergaberecht auf Bundesebene noch immer über diverse Gesetze und Verordnungen verstreut geregelt ist und das angestrebte Bundesvergabegesetz auf sich warten lässt, haben die meisten Bundesländer in ihrer Regelungskompetenz eigene Vergabegesetze erlassen – das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) trat 2010 in Kraft. Zu dieser Zeit gab es wegen des anhaltenden Widerstands von CDU, FDP und Arbeitgeberverbänden noch keinen gesetzlichen Mindestlohn, doch das Land Berlin legte nun einen Vergabemindestlohn fest, den ein Unternehmen seinen Beschäftigten mindestens zahlen muss, wenn es sich um öffentliche Aufträge bewerben möchte. Zugleich wurden Standards hinsichtlich der Leistungserbringung gesetzt, wie etwa die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, d.h. weltweit gültiger Mindeststandards für menschenwürdige Arbeit, sowie weitere soziale und ökologische Standards bei der Beschaffung. Letztere wurden und werden von Arbeitgeber- und CDU-Seite gerne als »vergabefremde Kriterien« abqualifiziert, da es Zweck jeder Vergabe sei, das wirtschaftlichste Angebot auszuwählen. Im Endeffekt läuft es nach dieser Auffassung aber meistens auf das preisgünstigste Angebot hinaus, das unter Berücksichtigung

sichtigung aller wirtschaftlich und gesellschaftlich relevanten Faktoren jedoch keineswegs das wirtschaftlichste sein muss.

Das BerlAVG wurde seit 2010 wiederholt überarbeitet, zuletzt 2020 mit einer größeren Novelle, bei der insbesondere die Tariftreue als Vergabekriterium eingeführt wurde. Mittlerweile gab es zwar einen gesetzlichen Mindestlohn, der jedoch dem Grundsatz »Guter Arbeit« gemäß nicht der Standard sein konnte, sondern nur eine absolute Lohnuntergrenze, und es war erklärter politischer Wille der damaligen rot-rot-grünen Koalition in Berlin, die tarifgebundene Arbeit zu stärken.

Doch hat die Evaluation des BerlinAVG 2024/25 Schwächen des Vergabewesens offengelegt, insbesondere den bürokratischen Aufwand bei der Abgabe eines Angebots, der gerade für KMU oft zu hoch ist. Die schwarz-rote Koalition hat daher eine Gesetzesänderung noch für diese Wahlperiode in Aussicht gestellt. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Fachausschusses Wirtschaft, Arbeit, Technologie und der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv der Berliner SPD im Willy-Brandt-Haus stellte Staatssekretärin MICHA KLAPP von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) die Eckpunkte der geplanten Gesetzesnovelle vor, die federführend von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB) erstellt und hinsichtlich der arbeitsrechtlichen Regelungen mit SenASGIVA abgestimmt wird.



*Fachdiskussion im Willy-Brandt-Haus zur Auftragsvergabe mit (v.l.n.r.): Moderator BJÖRN ENGLERT, THOMAS KOCH (AG Selbst Aktiv), Staatssekretärin MICHA KLAPP und FRANK JAHNKE (FA Wirtschaft, Arbeit, Technologie)  
Foto: Robert Drewnicki*

Ziel der Novelle ist die Entbürokratisierung des Vergaberechts unter Beibehaltung sozialer und ökologischer Standards. Evaluations- und Meldepflichten, die einen den jeweiligen Nutzen übersteigenden bürokratischen Aufwand für Unternehmen und Verwaltung mit sich bringen, sollen konsequent abgebaut werden. Die Anpassung des Vergabemindestentgelts soll fortan mit einem eindeutigen Berechnungsansatz geregelt werden, und Änderungen bei den ILO-Kernarbeitsnormen werden künftig automatisch in das BerlAVG übernommen.

Die Wertgrenzen für Liefer- und Dienstleistungen sowie für Bauleistungen, bis zu denen eine Direktvergabe möglich ist oder eine beschränkte Ausschreibung, sollen maßvoll angehoben werden, um eine stärkere Beteiligung mittelständischer Unternehmen an öffentlichen Aufträgen zu erreichen, ohne aber das Gesetz faktisch auszuhebeln. In einzelnen Bundesländern wurden die Wertgrenzen mittlerweile so hoch angesetzt, dass die jeweiligen Vergabekriterien für einen Großteil der Ausschreibungen nicht mehr zur Anwendung kommen. Manchen in der Berliner CDU wäre dies sicherlich auch sehr recht, aber widerspräche der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Rot, die klar festlegt, »dass der Zuschlag auf Grundlage einer transparenten Bewertungsmatrix aus Qualität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit erfolgt«.

Breiten Raum in der Diskussion mit der Staatssekretärin nahm auch die Frage der Kontrolle bei der Auftragserfüllung ein, die bislang dezentral organisiert ist, nun aber durch eine zentrale Kontrollgruppe effektiviert werden soll, um auch die Vergabestellen zu entlasten. Kritisch gesehen wurde, dass nach wie vor nur 5 % der Aufträge kontrolliert werden sollen – denn gerade, wenn das Berichtswesen verschlankt wird, so die Argumentation, müsse eine stärkere Kontrolle stattfinden, um unlautere Wettbewerber auszuschließen. Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Gesetzesnovelle ist die explizite Nennung von Werkstätten für behinderte Menschen, Blindenwerkstätten und Inklusionsbetriebe, die bei beschränkten Ausschreibungen und Verhandlungsvergaben den KMU im Gesetz künftig gleichgestellt werden sollen – eine Forderung, die von der AG Selbst Aktiv schon lange erhoben wird und sich ebenfalls explizit in der Koalitionsvereinbarung wiederfindet.

Entscheidend wird es sein, das BerlAVG so zu reformieren, dass es im Interesse der Berliner Unternehmen und der Berliner Verwaltung leichter handhabbar ist, ohne seinen Wesenskern zu verlieren, und im Einklang mit dem Europarecht eine faire, soziale und ökologisch orientierte Vergabe gewährleistet.

## Wechsel in der Leitung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

**Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand zählt neben der »Topographie des Terrors« sowie dem Haus der Wannseekonferenz zu den zentralen Orten des Gedenkens an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft und der erinnerungspolitischen Bildungsarbeit in Berlin. Zum Jahresbeginn übergab der langjährige Leiter der Gedenkstätte, PROF. JOHANNES TUCHEL, das Amt an seine Nachfolgerin DR. JULIA SPOHR. Der Fachausschuss Kulturpolitik der Berliner SPD diskutierte mit beiden über die Perspektiven erinnerungspolitischer Arbeit in Zeiten einer Zunahme rechts-extremistischer Tendenzen in Politik und Gesellschaft.**

Im sog. Bendlerblock – benannt nach der früheren Bendlerstraße im alten Tiergartenviertel, wo die kaiserliche Marine ihren Hauptsitz hatte, und später weitere militärische Einrichtungen hinzukamen – befand sich während der NS-Zeit u.a. das Oberkommando des Heeres. Von hieraus agierten die Offiziere um CLAUS SCHENK GRAF VON STAUFFENBERG, die am 20. Juli 1944 den gescheiterten Attentatsversuch auf ADOLF HITLER unternahmen, um das nationalsozialistische Regime zu stürzen.



*Der Bendlerblock mit dem Ehrenhof, der an die hier am 20. Juli 1944 erschossenen Offiziere erinnert*

*Foto: Frank Jahnke*

In seinem Einleitungsreferat beim Besuch des Fachausschusses skizzierte JOHANNES TUCHEL zunächst den schwierigen Weg zur Schaffung einer Gedenkstätte an diesem Ort des Widerstands gegen die NS-Diktatur. In den fünfziger Jahren galten die »Männer des 20. Juli« vielen

Deutschen ja noch immer als Verräter. Doch zumindest erinnerte seit 1953 eine Bronzeskulptur des Bildhauers RICHARD SCHEIBE mit einer Inschrift im Innenhof des Gebäudekomplexes, wo OBERST VON STAUFFENBERG und andere Offiziere noch in der Nacht zum 21. Juli 1944 hingerichtet worden waren, an den gescheiterten Putschversuch, und die Bendlerstraße trägt seit 1955 den Namen STAUFFENBERGS.



*DR. JULIA SPOHR und PROF. JOHANNES TUCHEL beim Besuch des Fachausschusses Kulturpolitik der Berliner SPD in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand*

*Foto: Bastian Follmann*

Eine Ausstellung richtete der Senat erst 1968 ein, die dann unter der Ägide des Regierenden Bürgermeisters RICHARD VON WEIZSÄCKER ab 1983 zur Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GdW) mit der Dauerausstellung »Widerstand gegen den Nationalsozialismus« entwickelt wurde. Vorausgegangen war ein längerer Diskussionsprozess über die Frage, ob an diesem Ort nur des militärischen Widerstands gedacht werden sollte oder allen Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, also auch des kommunistischen. Wie PROF. TUCHEL betont, geht es in der GdW genau darum, aller Menschen zu gedenken, die Widerstand geleistet haben oder Opfer des Nationalsozialismus wurden – aus welchen Gründen auch immer. Seit 1994 beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der GdW.

Von 1991 bis Dezember 2025 leitete JOHANNES TUCHEL die GdW und wurde mit Gründung der zugehörigen Stiftung 1994 auch deren Geschäftsführer. In beiden Funktionen folgte ihm zu Jahresbeginn 2026 die Historikerin DR. JULIA SPOHR, die zuvor bei der Stiftung Sächsische

Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und zuletzt als Leiterin der Geschäftsstelle der Deutschen Digitalen Bibliothek tätig war. Zu ihrem Verantwortungsbereich gehören neben der GdW auch die Gedenkstätte Plötzensee, das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt sowie die Gedenkstätte Stille Helden, die seit 2018 ihren Sitz ebenfalls in der Stauffenbergstraße hat.

Die zentralen Aufgaben der GdW sieht JULIA SPOHR neben dem Betrieb der Gedenkstätten und der zugehörigen Ausstellungen in der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsprojekte, der Archivierung und Digitalisierung von Materialien, der Kooperation mit anderen Einrichtungen der erinnerungspolitischen Bildungsarbeit im In- und Ausland sowie der Vermittlung der gewonnenen Erkenntnisse durch Wanderausstellungen, Vorträge und digitale Formate. So ist das 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossene Projekt »Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus« längst nicht abgeschlossen, doch die bisherigen Ergebnisse werden digital präsentiert und sind seit 2024 auch als Wanderausstellung in zwei Versionen an wechselnden Orten zu sehen. Ein nächstes Projekt wird sich mit dem Wirken von JULIUS LEBER beschäftigen, und die im Januar 2026 neu eröffnete Sonderausstellung »... dieser Feind steht rechts! Der Kampf gegen den Nationalsozialismus vor 1933« richtet den Fokus auf die Zeit der Weimarer Republik, als die Gefahren von rechts durchaus von vielen erkannt wurden und Gegenwehr hervorriefen. Dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in dem sich über eine Million Mitglieder zur Verteidigung der Republik gegen rechts zusammengeschlossen hatten, ist ein eigener Ausstellungsbereich der GdW mit Titel »Wehrhafte Demokratie« gewidmet.

Parallelen zur Gegenwart sind nicht völlig von der Hand zu weisen, auch wenn die historische Situation zu Beginn der 1930er Jahre eine andere war, wie PROF. TUCHEL betont. Im Umgang mit Besuchergruppen aus dem rechtsextremen Spektrum hat die GdW ebenso wie die KZ-Gedenkstätten bereits einschlägige Erfahrungen gesammelt und stellt sich organisatorisch wie pädagogisch darauf ein. Wichtiger ist jedoch für die GdW, in die Mitte der Gesellschaft hineinzuwirken und die heranwachsende Generation zu erreichen. Kooperationen wie etwa mit der »berlinHistoryApp« oder dem GRIPS-Theater sind hierbei wichtige Bausteine. DR. JULIA SPOHR sei an dieser Stelle viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gewünscht!

## Ein Leserbrief

**In meinem vorigen Newsletter berichtete ich über die Diskussion der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zur Wiedereinführung eines Wehrdienstes mit der früheren Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, DR. EVA HÖGL, und Staatssekretär DR. JAN STÖß aus dem Bundesverteidigungsministerium. WILHELM NOLTE, ehemaliger Bundeswehr-Offizier und langjähriger Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V., hat in einem Leserbrief, der hier im Wortlaut wiedergegeben wird, dazu Stellung genommen:**

Die veränderte Sicherheitslage unter ausgesetzter Wehrpflicht lässt die Teilnehmer/innen der Veranstaltung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zur Problematik einer Wiederbelebung von Wehrpflicht ad fontes debattieren. Prima! Ansatzpunkte für ergänzende Bemerkungen sehe ich, ein Bw-Offizier a.D., in den Stichworten Freiwilligkeit (Stöß, Diskussion), Geschlechtergleichbehandlung (Högl), Geschlechtergerechtigkeit (Dörr), sinnstiftender Wehrdienst (Högl).

Gerade zum Sinn jeden Wehrdienstes sei hier nachgetragen: Kriegsverhinderung vornean! Sodann: Menschenlebenssicherung, Gesellschaftswertefestigung, Lebensräumeerhaltung! Dies sollen Verteidigungskräfte leisten. Hierzu werden sie aufgestellt und unterhalten: damit sie nicht eingesetzt werden müssen. Das ist eine Aufgabe eines Ausmaßes, das Gesellschaft nur gesamthaft zu leisten vermag. Hier ist dem Bundespräsidenten beizupflichten: Er fordert eine Gesellschaftspflicht. Auch wenn er sie so weder herleitet noch ausformuliert, gilt:

Alle sollen den Kopf hinhalten, wenn Kriegsverhinderung nicht gelingt, weil ein Aggressor Krieg will. Hierin muss es Wahlfreiheit geben, sprich Gewissensbindung: Soldatischer Dienst *oder* Gewaltfreier Widerstandsdienst *oder* Ziviler Dienst.

Militärischer Kampf um Städte lässt diese - und unzählige Menschen - zerstört zurück. Werden sie der Völkerrechtsoption „Offene Stadt“ unterstellt, können sie überleben (Beispiele: Bologna, Paris im Zweiten Weltkrieg). Gewaltfreier Widerstand („Soziale Verteidigung“) in den Städten kann den Besatzer nach und nach hinausdrängen (Beispiel: Ruhrkampf nach dem Ersten Weltkrieg).

Militärischer Kampf um stadtfreie und/oder bevölkerungsarme Räume kann den Eindringling

mit Waffengewalt in ausgefeilten taktischen/operativen Handlungsweisen (raumnetzgebunden, konventionell bewaffnet) ausbremsen und aus dem Land hinausdrängen. Zivile Dienste vielfältigster Art sichern und pflegen Menschenleben und Infrastruktur (Schutzdienste, THW etc.).

Wer sich Gewaltfreien Widerstand zutraut, entscheide sich für die Städteverteidigung! Wer Soldat sein will, gehe zur Bundeswehr! Wer sich weder so noch so befähigt sieht, melde sich zum Zivildienst. Wer Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann sich in gewaltfreie Verteidigung einreihen. Wer sich als Frau in Verteidigung einbringen will, wählt zwischen diesen Diensten - während das Grundgesetz den Männern primär den Militärdienst zuweist.

Alle zusammen vertrauen sich Gewaltfreiem Widerstand gegenüber Nukleargewalt an: Gegen Nukleargewalt „ist kein Kraut gewachsen“.

Wilhelm Nolte

## MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP

### Der Berliner Skulpturenfund

**Die Eröffnung einer neuen Metrostation nahe dem Colosseum in Rom kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres fand international große Beachtung. Über Jahre war an der neuen Metrostrecke gebaut worden, wobei architektonische Spuren aus drei Jahrtausenden zu Tage gefördert wurden, die nun teilweise in archäologischen Fenstern öffentlich sichtbar sind. Ganz so weit reichen die Spuren im Berliner Untergrund nicht zurück, aber beim Bau der U-Bahnlinie U5 durch einen der ältesten Stadtteile Berlins kamen vor dem Roten Rathaus auch erstaunliche Dinge zum Vorschein, die jetzt in einer bemerkenswerten Sonderausstellung im Archäologischen Zentrum PETRI Berlin gezeigt werden.**

Bevor die U5 vom Alexanderplatz in Richtung Westen verlängert wurde, fanden ab Herbst 2009 umfangreiche Grabungen des Landesdenkmalamtes statt. Das Interesse der Archäologen galt vor allem den Überresten der mittelalterlichen Stadt Berlin entlang der ursprünglich dicht bebauten Oderberger Straße, der späteren Königstraße und heutigen Rathausstraße. So wurden u.a. Keller des Rathauses aus dem 13. Jahrhundert und weitere mittelalterliche Grundmauern freigelegt.

Einer viel späteren Bebauung zugehörig war das Gebäude Königstraße 50, das direkt gegenüber dem Roten Rathaus stand, im Zweiten Weltkrieg zerstört und dessen Ruine später abgeräumt wurde. Bei den vorbereitenden Grabungen für den U-Bahnbau sollten 2010 die unterirdischen Hinterlassenschaften der im Krieg zerstörten Häuser beseitigt werden, als man bei der Königstraße 50 unerwartet auf ein mörtelverschmiertes Gebilde stieß, das sich als die Bronzeskulptur einer Frau erwies. In der Folge wurden auf dem Grundstück fünfzehn weitere Skulpturen entdeckt, die offensichtlich aus dem 20. Jahrhundert stammten, teilweise anhand von Signaturen auch identifiziert werden konnten, deren Bezug zu dem Haus in der Königstraße jedoch zunächst völlig unklar blieb.



*Die fragmentierte Skulptur »Somnambule« von FRITZ MASKOS konnte erst 2019 identifiziert werden.*

*Foto: Frank Jahnke*

Es folgte eine wahre Detektivarbeit unter Einbeziehung von Kunstexpertinnen und -experten. Anhand der fragmentierten Skulptur »Schwangere« der Bildhauerin EMY ROEDER, die 1937 in der Nazi-Propagandaschau »Entartete Kunst« gezeigt worden war, kam die Kunsthistorikerin URSEL BERGER schließlich auf die richtige Spur. Durch einen Abgleich der gefundenen Skulpturen mit der Datenbank der Forschungsstelle »Entartete Kunst« an der FU Berlin gelang die Identifizierung der meisten Fundstücke als Werke, die zwischen 1913 und 1933 geschaffen wurden und in großen deutschen Museen standen, bis sie 1937 für die Ausstellung »Entartete Kunst« beschlagnahmt wurden.

Weitere Forschungen führten zu einem Dokument, in dem belegt ist, dass das Reichspropagandaministerium in der Königstraße 50 einen



*Landesarchäologe PROF. MATTHIAS WEMHOFF bei einer Führung durch die Ausstellung*

*Foto: Frank Jahnke*

Lagerraum unterhielt und dort einen Teil der Exponate aus der Ausstellung »Entartete Kunst« deponierte. Die gefundenen Skulpturen fanden sich teilweise auch auf den erhalten gebliebenen Listen des Ministeriums. Offenbar sind die Kunstwerke bei der Zerstörung des Hauses aus dem höhergelegenen Lageraum mit in den Keller gestürzt und vom Schutt begraben worden, hierdurch auch zum Teil stark beschädigt. Seit 2012 wurden sie unter dem Titel »Berliner Skulpturenfund« an verschiedenen Orten in Sonderausstellungen gezeigt – teilweise in den Museen, aus denen sie 1937 beschlagnahmt worden waren.

Das Archäologische Zentrum PETRI Berlin zeigt die Werke nun erstmalig wieder im Zusammenhang, erläutert ihre Geschichte und stellt EMY ROEDER sowie ihre dreizehn männlichen Kollegen vor, die in der Ausstellung vertreten sind. Gerade mit ihren Spuren der Zerstörung, die man nicht zu kaschieren versucht hat, teilweise in fragmentiertem Zustand, besitzen diese Kunstwerke eine besondere Würde, die sicherlich auch in ihrer wechselvollen Geschichte begründet liegt – es ist die Geschichte der Kunst in Deutschland im 20. Jahrhundert!

PETRI Berlin, Gertraudenstr. 8, 10178 Berlin,  
Di-Fr: 9-17 Uhr, Sa.-So: 10-20 Uhr, Mo. geschl.

---

✉ [newsletter@frank-jahnke.de](mailto:newsletter@frank-jahnke.de)

💻 [www.frank-jahnke.de](http://www.frank-jahnke.de)

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke  
Gurnemannpfad 62, 13465 Berlin

---